

Juli 2023

Wie Deutschland macht was in der Vereinbarung der Vereinten Nationen steht. Über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zwischen September 2019 bis März 2023.

Inhaltsverzeichnis	
1.Worum geht es	3
2.Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen seit September 2019	5
Frauen mit Behinderungen und Schutz vor Gewalt (Artikel 6 und 16)	6
Wer macht was (Artikel 9)	9
Gefahren für Menschen (Artikel 11)	11
Geflüchtete Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine (Artikel 11)	13
Gleich behandlung vor Gericht (Artikel 12 und 13)	13
Selbst entscheiden und überall mitmachen (Artikel 19)	15
Bildung (Artikel 24)	18
Gesundheit (Artikel 25)	19
Corona-Virus (Artikel 25)	20
Strom und Gas (Artikel 26)	23
Arbeit und Beschäftigung (Artikel 27)	24
Mit entscheiden in der Politik (Artikel 29)	26
Mitmachen beim Sport (Artikel 30)	27
Informationen sammeln (Artikel 31)	29
Internationale Zusammenarbeit (Artikel 32)	31
3. Abkürzungsverzeichnis	34

1. Worum geht es

Wichtig:

Wir schreiben hier
was wir machen möchten.
Damit wir das wirklich machen können
muss aber genug Geld da sein.

Dieser Bericht schreibt:

Welche Neuigkeiten gab es in der Politik.

Für Menschen mit Behinderungen.

In Deutschland.

Zwischen September 2019 und März 2023.

Deutschland hatte in der Zeit schwere Aufgaben:

- Corona-Virus.
- Einer Million geflüchteten Menschen aus der Ukraine helfen.

Deutschland ist aber sehr wichtig:

Menschen mit Behinderungen dürfen trotzdem nicht vergessen werden. Ende 2021 wurde gewählt.

Seitdem redet man noch mehr über Barriere-freiheit.

Die Parteien in der Regierung haben abgemacht:

Alles soll barriere frei sein.

Vor allem:

- Verkehr
- Wohnen
- Gesundheit
- Internet

Dafür gibt es ein Projekt mit dem Namen:

"Bundesinitiative Barriere·freiheit – Deutschland wird barriere·frei". Das gibt es seit 2022.

Die Regierung will auch:

Der Arbeitsmarkt soll inklusiver sein.

Unternehmen sollen

mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellen.

Wer das nicht macht

muss "Ausgleichs abgabe" bezahlen.

Das soll jetzt noch mehr werden.

Wer einen Antrag macht für Förder geld

soll es einfacher haben:

Dafür gibt es die "Einheitlichen Ansprech·stellen"

die sich um alles kümmern.

2. Verbesserungen

für Menschen mit Behinderungen seit September 2019

Inhalt:

- Pflichten (Artikel 1 bis 4)
- Gleich-berechtigung (Artikel 5)

Im Vertrag zwischen den Parteien in der Regierung steht:

Man schaut sich das Allgemeine Gleich behandlungs gesetz an.

Kurz schreibt sich das so: AGG.

Wenn noch etwas fehlt

schreibt man das da rein.

Damit alle Menschen gut geschützt sind.

Und damit Deutschland barriere frei wird

macht man auch das Behinderten gleichstellungs gesetz besser.

Kurz schreibt sich das so: BGG.

Interessante Zahlen:

Deutschland hat ein Büro

wohin man melden kann

wenn man schlecht behandelt wird.

Es heißt Anti·diskriminierungs·stelle.

Zwischen September 2019 bis Januar 2023 gab es 20 Tausend Nachrichten.

Davon 6 Tausend von Menschen mit Behinderungen.

- Bei zweieinhalb Tausend ging es um Dienste oder Produkte.
- Bei eintausend ging es um die Arbeit.
- Bei fast eintausend ging es um Behörden.
- Bei 4 hundert ging es um Gesundheit und Pflege.
- Bei 3 hundert ging es um Schulen und Bildung.

Frauen mit Behinderungen und Schutz vor Gewalt (Artikel 6 und 16)

Die Bundesregierung will einen Plan machen wie man Frauen besser vor Gewalt schützt.

Der Schutz vor Gewalt ist in Einrichtungen jetzt besser.

Im Neunten Sozialgesetzbuch steht:
Einrichtungen müssen einen Plan machen
wie sie Menschen vor Gewalt schützen.
Das gilt seit Juni 2021.

Es gibt ein Projekt mit dem Namen "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen". Zwischen 2020 und 2024 werden neu gebaut und umgebaut:

- Frauen·häuser
- Beratungs·stellen

Die Häuser sollen auch barriere frei sein.

Von 2019 bis 2022
gab es auch Geld
für gute Projekte.
Wenn die Projekte für den Schutz von Frauen waren.
Zum Beispiel:

- Besserer Schutz
- Bessere Beratung

Das Projekt mit dem Namen
"Bundes·netzwerk für Frauen·beauftragte in Einrichtungen"
hat einen Verein gemacht mit dem Namen:
"Starke.Frauen.Machen. e. V."

Da arbeiten Frauen beauftragte zusammen aus Werkstätten für behinderte Menschen. Der Verein bekommt Geld von den Firmen mit den Werkstätten. Im September 2021

gab es eine Studie.

Sie hieß "Gewalt-schutz-strukturen für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen".

Sie sagt:

Man braucht einen besseren Plan für Gewalt-schutz.

Sie sagt auch:

Was sollte man tun.

Diese Empfehlungen prüft man gerade.

Ende 2024 wird eine neue Studie fertig.

Sie wird heißen:

"Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen".

Darin geht es um:

- Menschen mit Lernschwierigkeiten.
- Taube Menschen die nicht hören können.

Die Studie will wissen:

Welche Gewalt erleben diese Menschen?

Die Studie will auch wissen:

Erleben Frauen und Männer unterschiedliche Gewalt?

Wenn man das weiß

kann man bessere Pläne machen.

Wer macht was (Artikel 9)

In den alten Berichten stand immer:

Wohnen wird barriere frei.

Dazu gab es Anleitungen:

- "Barriere-freies Bauen"
- "Städte·bau·förderung"
- "Soziale Wohn raum förderung"
- "Förderung vom altersgerechten Umbau"

Das macht man alles auch weiter.

Und macht auch neue Dinge

damit noch mehr barriere frei wird.

Seit Mai 2021 gibt es ein neues Gesetz:

Barriere·freiheits·stärkungs·gesetz.

Kurz schreibt man das so: BFSG.

Darin steht:

Wer bestimmte Produkte und Dienste macht muss diese barriere frei machen.

Vor allem im Internet.

Das gilt ab Sommer 2025.

Es gibt eine Liste

wer was machen muss.

Seit 1. Juli 2021 gilt:

Hilfe-Hunde dürfen überall mit hin.

Wie zum Beispiel Blinden hunde.

Es gibt auch Regeln

- Wie werden Hilfe-Hunde ausgebildet.
- Wie werden Hilfe-Hunde geprüft.

Seit November 2022 gibt es das Projekt "Bundes initiative Barriere freiheit – Deutschland wird barriere frei".

Da kümmert man sich um alle Regeln zur Barriere·freiheit. Und macht diese Regeln immer besser.

Jeder soll Barrieren wegmachen müssen.

So gut es geht.

Damit das nicht nur die Behörden machen sollen die Gesetze geändert werden.

Damit Barriere freiheit überall Pflicht wird.

Dieses Projekt hat einen Beirat.

Beirat ist eine Gruppe.

Darin sitzen Menschen mit Behinderungen.

Die wissen am besten:

Was brauchen Menschen mit Behinderungen.

Deshalb kann die Gruppe beraten.

Die Regierung will auch Werbung machen.

Damit alle besser wissen:

- Es gibt noch viele Barrieren.
- Es ist wichtig die Barrieren weg·zu·machen.

Das Projekt kümmert sich vor allem um:

- Verkehr
- Bauen und Wohnen
- Gesundheit
- Digitales (Internet)

Im Jahr 2025 gibt es Ergebnisse.

Die Regierung hat einen Plan wie in Deutschland Technik besser wird. Darin geht es auch um Barriere·freiheit.

Es wird Treffen geben für Haus-Planer und Stadt-Planer.

Da wird erklärt:

Wie baut man barriere frei.

Gefahren für Menschen (Artikel 11)

Seit 2021 gibt es eine Handy-App.

Sie heißt Nora.

Damit kann man einen Notruf schreiben.

Diese App kann jeder auf sein Handy machen.

Das ist wichtig für Menschen die den Notruf nicht anrufen können. Zum Beispiel weil sie nicht hören.

Die alten Notruf-Möglichkeiten gibt es aber auch weiter.

Es gibt auch neue Gesetze damit Notruf für alle Menschen leichter wird.

Eine andere Handy-App heißt NINA.

Wenn es eine Gefahr gibt in Deutschland dann steht das da.

Zum Beispiel:

Hochwasser.

In NINA kann man sich alles vorlesen lassen.

Es gibt auch Hilfe

was man im Notfall tun soll

Die Hilfe ist in Leichter Sprache.

Im Dezember 2022 wurde die App in ganz Deutschland ausprobiert.

Am "Warntag".

Sie machte einen Ton.

Und das Handy vibrierte.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine (Artikel 11)

Russland hat das Land Ukraine angegriffen.

Es gibt Krieg.

Deutschland will den Menschen helfen.

Vor allem:

- Menschen mit Behinderungen
- Menschen die Pflege brauchen.

Man hat eine Bundes·kontakt·stelle gemacht.

Dort findet man die passende Einrichtung.

In ganz Deutschland.

Wenn diese Menschen kein Geld haben

bekommen sie Sozial·hilfe.

Dazu gehört auch:

Sie dürfen eine Ausbildung machen in Deutschland.

Gleich-behandlung vor Gericht (Artikel 12 und 13)

Manche Menschen können schwere Dinge nicht alleine entscheiden.

Zum Beispiel:

Verträge unterschreiben.

Sie brauchen dann jemanden

der für sie entscheidet.

Der heißt: Vormund.

Oder auch: Betreuer.

Dazu gibt es Gesetze.

Die wurden 2023 besser gemacht:

Der Betreuer hilft den Menschen dabei

Dinge selbst zu entscheiden.

Er entscheidet nur dann selbst

wenn es nicht anders geht.

Und auch wenn der Betreuer entscheidet:

Er muss immer fragen

was die Menschen wollen.

Diese Wünsche sind sehr wichtig!

Wenn jemand nicht mag

wie sein Betreuer entscheidet

kann er zum Gericht gehen.

Die Gerichte müssen jetzt auch schauen:

Was will der Mensch.

Nicht: Was will der Betreuer.

Wenn der Betreuer etwas falsch macht

kann er jetzt besser bestraft werden.

Im Gesetz steht auch:

Man muss immer erklären

welche Rechte jemand hat.

Und man darf besser mitentscheiden:

- Ob man einen Betreuer bekommt.
- Wer Betreuer wird.

Betreuer sollen sich gut auskennen.

Deshalb müssen sie sich in eine Betreuer-Liste schreiben lassen.

Da kommt nur rein

wer ein guter Betreuer ist.

Also:

Betreuer müssen wissen

wie man Menschen hilft

selbst Dinge zu entscheiden.

Von 2019 bis 2021 gab es ein Projekt

damit Richter und Anwälte

besser wissen:

Welche Rechte haben Menschen mit Behinderungen.

Selbst entscheiden und überall mitmachen (Artikel 19)

Das Bundes·teilhabe·gesetz sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen überall mitmachen können.

Seit 2020 gilt davon die dritte Stufe.

Darin wurde die Eingliederungs hilfe besser gemacht.

Es hilft Menschen mit Behinderungen.

Und Menschen die vielleicht bald eine Behinderung bekommen.

Neu ist:

Mehr Menschen bekommen Hilfe.

Auch wenn sie selbst Geld haben.

• Jeder bekommt genau die Hilfe die er braucht.

Das kann bei jedem unterschiedlich sein.

Man plant jetzt besser

welche Hilfen jemand bekommt.

Und der Mensch mit Behinderung darf mitentscheiden.

Die Regierung schaut

ob mit dem Gesetz alles gut funktioniert.

Und hat 2022 dazu einen Bericht gemacht.

Das Ergebnis:

Noch ist nicht alles perfekt.

Es gibt noch Probleme.

Aber vieles ist schon besser geworden.

Viele Menschen mit Behinderungen bekommen jetzt Hilfe und dürfen ihr Geld behalten. Es gibt eine unabhängige Teilhabe beratung. 2018 bis 2022 hat man das ausprobiert. Und war zufrieden.

Die Teilhabe beratung bekommt vom Staat jedes Jahr sehr viele Millionen Euro.

Menschen mit Behinderungen sagen:

Die Beratung ist gut.

Es hilft mir dabei mir selbst zu helfen.

Seit 2022 gibt es das Angehörigen-Entlastungs·gesetz.

Menschen müssen Geld dazu geben wenn ihre Eltern oder Kinder Hilfe brauchen. Im Gesetz steht:

Wer weniger als Einhundert tausend Euro im Jahr verdient muss nichts geben.

Im Kinder- und Jugend·stärkungs·gesetz steht:

Die Kinder·hilfe und Jugend·hilfe soll auch Eingliederungs·hilfe übernehmen.

Damit Kinder und Jugendliche alles Wichtige von einer Stelle bekommen.

Das Gesetz soll ab 2028 gelten.

Dazu muss die Regierung noch andere Gesetze fertig machen. An denen arbeitet man gerade.

Was jetzt schon gilt:

- Kinder·hilfe und Eingliederungs·hilfe arbeiten besser zusammen.
- Ab 2024 wird es Berater geben.
 Die arbeiten dann beim Jugend·amt und helfen mit allen Papieren.

Bildung (Artikel 24)

2021 haben die Bundes·länder empfohlen: Alle Lehrer sollen besser lernen wie sie Kinder mit Behinderungen unterstützen können.

Schon 2020 gab es einen Bericht.

Darin stand:

Alle Bundes·länder denken dass die Ausbildung von Lehrern mit Blick auf Kinder mit Behinderungen sehr wichtig ist.

Und alle Lehrer sollen darüber lernen.

Es wurden Gesetze gemacht damit Studenten mit Behinderungen an der Universität gut lernen können.

Man macht auch Studien um herauszufinden wie gut das funktioniert.

Die meisten Universitäten brauchen einen Beauftragten für Studierende mit Behinderungen.

Es gibt eine Sammlung von Regeln mit dem Namen "Förderbezogene Diagnostik in der inklusiven Bildung".

In den Regeln steht:
Lehrer sollen *immer* schauen
wie man Menschen am besten hilft.
Nicht nur im Unterricht.

Gesundheit (Artikel 25)

Die Regierung will:

Menschen mit Behinderungen
sollen bessere Arzt behandlung bekommen.

Dafür lässt man einen Plan schreiben.

Der Plan heißt "Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barriere freies Gesundheitswesen".

Wenn Menschen mit Behinderungen ins Krankenhaus müssen wollen sie manchmal:

Jemand den sie kennen soll dabei sein.

Das heißt Begleitung.

Die Begleitung muss sich Fahr karten und Essen kaufen. Seit November 2022 wird das bezahlt.

Bis 2025 schaut man:

Wie gut funktioniert das.

Alle Ärzte in Deutschland die von Krankenkassen bezahlt werden sind in einer Gruppe mit dem Namen: Die Kassenärztliche Bundes·vereinigung.

Seit 2022 muss die Gruppe auf der Internetseite schreiben: Was ist alles barriere frei?

Wer nicht gut reden oder hören kann braucht Übersetzung in Gebärden·sprache (Zeichen·sprache). Seit 2019 bezahlen das die Kranken·kassen.

Corona-Virus (Artikel 25)

So hat man

Menschen mit Behinderungen geschützt

vor der Corona-Virus Krankheit:

- Internet-Seiten mit Informationen waren barriere frei.
- Info-Telefone funktionierten auch für gehörlose (taube)
 Menschen.
- Es gab ein Gesetz damit die Helfer arbeiten können auch während der Corona-Virus Krankheit.
- Es gab ein Geld-Paket mit sehr vielen Millionen Euro.
 Für soziale Einrichtungen.

Zum Beispiel:

- Inklusions betriebe
- Behinderten hilfe
- Sozial·kaufhäuser
- Gemein·nützige Sozial·unternehmen
 So hatten die genug Geld
 und mussten nicht zumachen.

Wenn in einer Firma
zu wenige Menschen mit Behinderungen arbeiten
muss diese Firma eine Strafe zahlen.
Das heißt "Ausgleichs abgabe".

Normalerweise teilen sich Deutschland und die Bundesländer dieses Geld.

2020 und 2021

durften die Bundesländer

das ganze Geld haben.

Sie hatten so sehr viele Millionen Euro mehr.

Das half den Integrations·ämtern.

Von März bis Dezember 2022

stand im Gesetz:

Für manche Kranken·häuser und Pflege·heime und andere Einrichtungen

gab es eine Impf·pflicht.

Das heißt:

Wer da arbeiten wollte

musste geimpft sein.

So wurden alte und kranke und Menschen mit Behinderungen geschützt.

Die Regierung ließ

Menschen mit Behinderungen fragen:

Wie ist das Leben während der Corona-Virus Krankheit für euch?

So wollte man herausfinden:

Wie kann man helfen?

Das oberste Gericht in Deutschland hat gesagt:

Alle Menschen müssen gleich gut behandelt werden. Wenn es zu wenig Krankenhaus betten gibt müssen Menschen mit Behinderungen die gleiche Chance auf ein Bett haben.

Die Regierung hat dazu ein Gesetz geschrieben.

Darin steht:

Das Bett bekommt

wer mit der Krankheit wahrscheinlich überlebt.

Es ist egal

ob man behindert ist

oder vielleicht sowieso bald stirbt.

Darin steht auch:

Wenn man schon in Behandlung ist darf man auch bleiben.

Man verliert sein Krankenhaus bett nicht für jemand anderes.

Die Bundes·länder halten sich an diese Gesetze. Und machen auch noch eigene Gesetze um Menschen mit Behinderungen zu helfen.

Strom und Gas (Artikel 26)

Strom und Gas ist teurer geworden.

Die Regierung gab deshalb Geld für Strom und Gas.

Im Jahr 2022.

Für Einrichtungen die

- Vorsorge machen
- Rehabilitation machen (helfen wieder gesund zu werden)
- Teilhabe machen

Das Geld ist da damit es diese Angebote weiter gibt.

Arbeit und Beschäftigung (Artikel 27)

Deutschland will:

Der Arbeits markt soll inklusiver sein.

Damit jeder Arbeit finden kann.

Dazu macht man:

• Seit 2020 gilt:

Für Ausbildung statt Behinderten·werkstatt

bekommt die Firma Geld.

Es gibt Geld zurück für die Firma für das Gehalt.

Und auch für die Hilfen

die der Azubi mit Behinderung braucht.

Seit 2022

wird die Ausbildung auch bezahlt

für Menschen in einer Behinderten werkstatt.

Die Agenturen für Arbeit

haben jetzt mehr Möglichkeiten

Menschen mit Behinderungen zu helfen.

• Seit 2022 gibt es Büros mit dem Namen:

"Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber".

Da können Chefs alles fragen

was für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen wichtig ist.

Zum Beispiel:

Welche Gelder gibt es vom Staat

Man will:

Menschen mit Behinderungen sollen normal arbeiten.

Und nicht in einer Behinderten·werkstatt.

Das Gesetz will:

- Menschen mit Behinderungen sollen normal arbeiten.
- Menschen mit Krankheit sollen die Arbeit behalten.
- Menschen mit schweren Behinderungen sollen bessere Hilfe bekommen.

Dazu wird das gemacht:

- Wenn in einer Firma
 zu wenig Menschen mit Behinderungen arbeiten
 wird die Strafe höher.
- Das Geld nutzt man damit Menschen mit schweren Behinderungen normale Arbeit bekommen.
- Man bekommt schneller Geld vom Integrations amt.
- Man bekommt mehr Geld vom "Budget für Arbeit".
- Die Fachleute im

"Sachverständigen beirat Versorgungs medizinische Begutachtung" bekommen eine neue Aufgabe.

Seit Sommer 2020 schauen sich Forscher an:

Wie können Menschen mit Behinderungen mehr Geld verdienen.

Es gibt einen Mindest·lohn.

Der Mindest·lohn gilt aber nicht

in Werkstätten für behinderte Menschen.

Wer nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeitet bekommt also mehr Geld.

Die Forscher werden im Sommer 2023 fertig sein.

Danach will die Politik neue Regeln machen.

Damit weniger Menschen arbeiten

in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Und mehr Menschen normale Jobs haben.

Mit entscheiden in der Politik (Artikel 29)

Der Wahl-O-Mat ist eine Internet-Seite.

Da kann man auswählen

was man von Politikern erwartet.

Und die Seite zeigt:

Welche Partei passt zu mir.

Seit 2022 wird der Wahl-O-Mat übersetzt

in Deutsche Gebärden sprache (Zeichen sprache).

Mitmachen beim Sport (Artikel 30)

Die Regierung will:

Menschen mit Behinderungen sollen beim Sport mitmachen können.

Deshalb macht die Regierung Sport-Projekte für Menschen mit Behinderungen.

Dezember 2022 gab es ein großes Treffen.

Dabei waren:

- Fach leute von der Regierung
- Fach·leute von den Bundes·ländern
- Fach leute von den Städten
- Fach leute von Sport vereinen

Die Teilnehmer haben danach gesagt:

Wir wollen mehr Sport anbieten.

Vor allem barriere freien Sport.

Wo alle mitmachen können.

Im Sommer 2023

ist in Berlin

eine große Sport·veranstaltung.

Sie heißt "Special Olympics World Games Berlin 2023".

Sie ist vom 17. bis 25. Juni 2023.

Es kommen 7-tausend Sportler.

Aus 190 Ländern.

Die Veranstaltung will:

Alle sollen besser verstehen, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit mehrfacher Behinderung auch Rechte haben.

Sie sollen mit Respekt behandelt werden. Sie sollen mitmachen können, in der Gesellschaft und beim Sport.

Es gibt auch ein Projekt.

Es heißt "Lokal Inklusiv Verein(tes) Engagement – LIVE".

Das Projekt macht Special Olympics Deutschland e. V.

Das Projekt will:

Leute sollen nicht schlecht reden über Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit mehrfacher Behinderung.

Menschen mit Behinderungen sollen leichter Sport machen können.

Und das Projekt hilft Städten:

Sie sollen gut Sport angebote machen können.

Für alle Menschen.

Das Projekt hat am 1. Oktober 2020 angefangen.

Es geht bis zum 31. Dezember 2023.

Informationen sammeln (Artikel 31)

Einmal in jeder Regierungs zeit gibt es einen Bericht.

Der Bericht ist über das Leben von Menschen mit Behinderungen.

Und wie gut sie mitmachen können

bei der Arbeit und in der Gesellschaft.

Der Bericht hat 2 Aufgaben:

- Er zeigt wie das Leben von Menschen mit Behinderungen ist.
- Er gibt Tipps für die Politik.

Die Informationen aus dem Bericht helfen:

Die Rechte und die Politik für Menschen mit Behinderungen können besser gemacht werden.

Damit es den Menschen besser geht und sie besser mitmachen können.

Der nächste Bericht kommt im April 2025.

Von 2017 bis 2021 gab es eine Befragung.

Die Befragung war über das Leben von Menschen mit Behinderungen.

Die Befragung hat Daten gesammelt.

Zum Beispiel welche Behinderungen Menschen haben und welche Probleme sie damit haben.

Die Ergebnisse der Befragung wurden im Juni 2022 gezeigt.

Sie helfen für den Bericht.

Und sie helfen

die Politik und die Gesellschaft besser zu machen.

Die Befragung geht weiter.

Von 2022 bis 2024.

Es gibt dabei wieder Fragen die schon mal gestellt wurden.

Aber es gibt auch neue Themen.

Zum Beispiel:

Sicherheit und Diskriminierung und Bildung.

Von September 2021 bis November 2022 gab es eine Studie.

Sie war über Eltern von Kindern mit Behinderungen.

Sie wollte wissen:

- Was brauchen diese Eltern?
- Und welche Probleme gibt es bei der Inklusion?

Die Studie hat auch Daten gesammelt.

Zum Beispiel:

welche Behinderungen die Kinder haben.

Zum ersten Mal waren auch Kinder von 0 bis 16 Jahre dabei.

Seit 2022 gibt es zum ersten Mal Daten über alle Menschen mit Behinderungen in Deutschland. In allen Alters·gruppen.

Internationale Zusammenarbeit (Artikel 32)

Im Dezember 2019 hat die Regierung einen Plan gemacht.

Der Plan ist für Menschen mit Behinderungen.

Sie sollen besser mitmachen können.

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Ländern.

Jetzt macht die Regierung einen Plan

für Menschen rechte bei der Entwicklungspolitik.

Menschen mit Behinderungen sollen auch dabei sein.

Der Plan von 2019 ist ein Teil davon.

Die Regierung will einen besonderen Marker einführen.

Er heißt "OECD Disability Marker".

Mit dem Marker kann man sehen

wie gut Inklusion gemacht wird.

Im September 2022 war ein großes Treffen in Berlin.

Es war das erste Treffen mit dem Namen "G7 Global Inclusion Summit".

Es ging um diese Themen:

- Gesundheit
- Computer benutzen
- Klima·schutz

Die Regierung will die UN Behinderten·regeln machen.

In armen Ländern.

Mit Menschen mit Behinderungen

die sagen

was sie brauchen.

Dafür machen die Regierungen

von Deutschland und Jordanien

ein großes Treffen.

Es heißt "Global Disability Summit".

Das 3. Treffen ist im Jahr 2025 in Berlin.

Ziel vom Treffen ist:

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sollen wichtig sein.

Und die Zusammenarbeit von armen und reichen Ländern soll besser sein.

Dafür wollen sie bestimmte Dinge tun.

Deutschland will bei der Hilfe für andere Länder auch an Menschen mit Behinderungen denken. In den Projekten die Deutschland bezahlt wird etwas gezählt.

Es heißt "Gender-Age-Disability-Marker".

So sieht man:

Wie gut hilft das Projekt Frauen und alten Menschen.

Deutschland bezahlt auch Projekte,

die Inklusion machen.

Sie sollen die "IASC – Guidelines on Inclusion" machen.

Bei der Hilfe für andere Länder.

Überall und vor Ort.

Das Ziel ist:

Menschen mit Behinderungen

sollen gut dabei sein bei der Hilfe für andere Länder.

3. Abkürzungsverzeichnis

AGG Allgemeines Gleich behandlungs gesetz

Gesetz in dem steht:

Niemand darf schlecht behandelt werden.

AsylbLG Asyl·bewerber·leistungs·gesetz

Gesetz in dem steht:

Was bekommt man

wenn man nach Deutschland flieht.

BFSG Barriere·freiheits·stärkungs·gesetz

Gesetz in dem steht:

Vieles soll barriere frei sein.

BGG Behinderten · gleichstellungs · gesetz

Gesetz in dem steht:

Menschen mit Behinderungen dürfen

nicht schlecht behandelt werden.

EAA European Accessibility Act

Gesetz in dem steht:

Gesetz für ganz Europa

zur Barriere · freiheit.

EUTB Ergänzende unabhängige Teil·habe·beratung

Beratung für Menschen mit Behinderungen

GDS Global Disability Summit

Weltweites Treffen wo Fachleute besprechen

wie man Menschen mit Behinderungen hilft.

IASC Inter-Agency Standing Committee – Ständiger

inter-institutioneller Ausschuss

Hier arbeiten viele Gruppen zusammen.

ICF International Classification of Functioning, Disability

and Health - Internationale Klassifikation der

Funktions fähigkeit, Behinderung und Gesundheit

So schreibt man auf

welche Behinderung jemand hat.

IDA International Disability Alliance – Internationale

Allianz von Menschen mit Behinderungen

Gruppe die Menschen mit Behinderungen helfen will.

KJSG Kinder- und Jugend stärkungs gesetz

KMK Kultus·minister·konferenz

Hier treffen sich Politiker aus den Bundes·ländern.

OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung.

SGB II Zweites Buch Sozial gesetzbuch – Grundsicherung

für Arbeits-suchende

SGB VIII Achtes Buch Sozial·gesetz·buch – Kinder- und

Jugend·hilfe

SGB IX Neuntes Buch Sozial gesetzbuch – Rehabilitation

und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

SGB XII Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe

UN-BRK Übereinkommen der Vereinten Nationen über die

Rechte von Menschen mit Behinderungen; UN-

Behinderten · rechts · konvention

WfbM Werk-stätten für behinderte Menschen

WMVO Werkstätten-Mitwirkungs·verordnung